



WIE WIR DIE MITTE WIEDER STÄRKEN

Die zentralen Aussagen

- Zwei Jahre Pandemie haben das Gefühl von Ohnmacht in der Mitte der Gesellschaft massiv erhöht und das Vertrauen in politische Institutionen und die eigene Selbstwirksamkeit erschüttert.
- Auch in der breiten Mitte, die zumindest mit dem Einkommen auskommt oder langfristig abgesichert ist, hat sich die Perspektive darauf, was mit eigener Leistung möglich ist, verschlechtert.
- Die Sorgen darüber, dass die Mitte der Gesellschaft besonders unter Druck ist, war bereits vor der Gesundheitskrise ausgeprägt. Stark gestiegene Immobilien- und Vermögenspreise bei gleichzeitig stagnierenden Nettoeinkommen haben den finanziellen Druck auch in der Mitte der Gesellschaft erhöht.
- Österreich hat viele Möglichkeiten, um seine Mittelschicht wieder zu stärken: Bessere Kinderbetreuungsangebote sind essenziell, um die Wahlmöglichkeit zu stärken. Zudem braucht es erstmals Maßnahmen für die Stärkung des psychischen Wohlbefindens nach zwei Jahren Ausnahmezustand. Angesichts der jüngsten Inflationswelle ist eine steuerliche Entlastung für Durchschnittsverdiener zentral. Und um das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen braucht es mehr Transparenz und eine Politik der sauberen Hände.

Die Herausforderung

Die Pandemie ist in der Mitte angekommen. Während zu Beginn besonders bestimmte Gruppen sowohl gesundheitlich als auch finanziell besonders stark betroffen waren, beispielsweise junge Erwachsene, Personen mit schlechter Gesundheit oder geringen Einkommen, zeigen neue Daten und Studien, dass nun auch „die Mitte der Gesellschaft“ immer stärker mit den Folgen der Pandemie zu kämpfen hat.

Der Freiheitsindex von NEOS Lab in Zusammenarbeit mit SORA misst seit vier Jahren das persönliche Freiheitsgefühl und die Einstellung gegenüber demokratischen Grundfreiheiten der Menschen in Österreich. Durch stabile Einstellungen zu den Grundfreiheiten in den letzten Jahren, kam es dieses Jahr zu einer Neu-Konzeption mit dem Ziel, verstärkt darauf einzugehen, wie das individuelle Freiheitsgefühl gestärkt werden kann. Die diesjährigen Ergebnisse zeigen, dass das persönliche Freiheitsempfinden deutlich gesunken ist. Weniger als die Hälfte der ökonomischen Mitte fühlen sich von der Politik in ihren Entscheidungen berücksichtigt.

Das ist für politische Entscheidungen in einer Solidargemeinschaft ein Alarmzeichen. Denn weit verbreitet sind auch politische Ohnmachtsgefühle und die Wahrnehmung, dass die Pandemiapolitik keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung nimmt. Daher überrascht es nicht, wenn jeder vierte Mensch in Österreich sich nach zwei Jahren Pandemie (eher) unfrei fühlt, und jeder Fünfte der Ansicht ist, die Demokratie in Österreich sei unfrei.

Die Pandemie ist auch ein Brennglas, das bestehende Probleme verschärft hat. In der Pandemie haben die Sorge um das eigene Einkommen auch die Zukunftsperspektive getrübt, immer

weniger Menschen gehen daher davon aus, dass sie aus eigener Leistung heraus Eigentum schaffen können. Und die Lockdowns haben die in Österreich oftmals schlechte Infrastruktur in der Elementarpädagogik noch einmal vor große Herausforderungen gestellt, was auch auf das individuelle Freiheitsempfinden negativ beeinflusst hat. Trotz hoher ökonomischer Kosten für viele Hilfsmaßnahmen (Stichwort: „Koste es was es wolle.“) stellt der Freiheitsindex keine nennenswerte Verbesserung in Bezug auf die Einkommenssituation im Vergleich zum ersten Pandemiejahr fest. Dass sich darüber hinaus aber das psychische Wohlbefinden verschlechtert hat, ist eine Herausforderung.

Empfehlungen

Raus aus dem Krisenmodus. Die Pandemie hat deutlich gezeigt, was schon vorher in Österreich nicht funktionierte. Ebenso haben die massiven Freiheitseinschränkungen und das schwache Pandemiemanagement zu einem Rückgang im Institutionenvertrauen geführt. Daher muss die Politik raus aus dem Krisenmodus und mit einem Neustart Perspektiven für die Menschen in Österreich schaffen. Eine breit angelegte, selbstkritische und partizipativ gestaltete Analyse des Pandemiemanagements und – in einem nächsten Schritt – Reformen für klarere, digitale und effiziente Abläufe zwischen Politik und Verwaltung können das verloren gegangene Vertrauen wieder stärken.

Vermögensaufbau erleichtern. Die Ergebnisse des Freiheitsindex zeigen, dass die Hürden für den Aufbau von Eigentum als so hoch wie nie eingeschätzt werden. 68% stimmen der Aussage (sehr) zu, dass "Egal wie sehr man sich anstrengt, es kaum noch möglich ist, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben". In nur zwei anderen Ländern ist die Steuerbelastung für die Mitte höher als in Österreich. daher ist die Entlastung des Faktors Arbeit das Gebot der Stunde. Ebenso zeigte der Freiheitsindex, dass gerade für kleine Unternehmen und Selbständige die hohe Regeldichte als Belastung wahrgenommen wird. Entbürokratisierung und eine Steuerreform, die den Vermögensaufbau unterstützt, sind daher das Gebot der Stunde.

Elementarpädagogik aufwerten. Das individuelle Freiheitsempfinden korreliert mit der empfundenen Einschränkung durch fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Ebenso ist evident, dass eine Verbesserung der Elementarpädagogik neben individuellen Freiheiten auch eine

bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sich bringen würde. In der Pandemie haben Kindergärten und Schulen zu oft nur Aufmerksamkeit bekommen, wenn es um Tests, Quarantänen oder Schließungen ging.

Psychische Gesundheit. Die massive Verschlechterung der psychischen Gesundheit legt die strukturellen Lücken in der psychischen Gesundheitsversorgung offen. Daher müssen die telemedizinischen Angebote verbessert, die Gesundheitsinfrastruktur ausgebaut und Unterstützungsangebote in der Sozial-, Arbeits- und Jugendpolitik verankert werden.

Freiheitsempfinden durch Politik der sauberen Hände stärken. Durch ein Informationsfreiheitsgesetz und Antikorruptionspaket kann das Vertrauen in Österreichs Politik gestärkt werden, was nach zwei Jahren Pandemie und innenpolitischen Turbulenzen notwendiger denn je ist. Mehr Transparenz und Offenheit sind dringend notwendig, um die gewachsene, wahrgenommene Distanz zwischen der Regierungspolitik und der Menschen zu überwinden.

Faktenlage

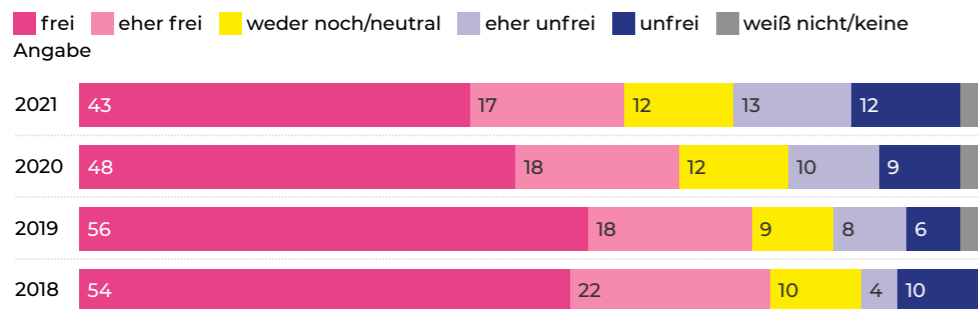
Die Pandemie zeigt, wie schwierig die Balance zwischen individuellen Freiheiten und Public Health ist, also die Erhaltung und Verbesserung der Bevölkerungsgesundheit, ist. Weltweit wird seit mehr als zwei Jahren intensiv über politische Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit debattiert. Dennoch zeigen sich teils enorme länderspezifische Unterschiede. Wie der COVID-19 Government Response Tracker der Oxford University zeigt, hat Österreich, im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern, ein besonders strenges Maßnahmenregime während der Pandemie gehabt. Dies hatte auch massive ökonomische Folgen, wie die NEOS Lab Publikation "Warum Österreich so schlecht durch die Pandemie kommt" zeigt. Kaum ein Land in Europa hatte einen so starken wirtschaftlichen Einbruch wie Österreich. Ebenso zeigen die Daten, dass die wirtschaftliche Überwindung der Krise in Österreich vergleichsweise lange dauern wird.

Neben der pandemischen Belastung erschütterten politische Skandale das politische System in Österreich und führten dazu, dass es erstmalig in der Geschichte der zweiten Republik drei Bundeskanzler innert eines Monats gegeben hat. Diese Turbulenzen und die Vorwürfe von Korruption, die ab 2022 in einem Untersuchungsausschuss aufgearbeitet werden, wirken sich in Summe auch auf das individuelle Freiheitsempfinden aus, wie der Freiheitsindex 2021 von SORA im Auftrag des NEOS Lab zeigt.

2021 hat sich das Freiheitsempfinden deutlich verschlechtert. 6 von 10 Menschen haben das Gefühl, (eher) frei zu sein, 2019 waren es noch knapp drei Viertel (74%). Generell zeigt sich, dass bei geringem sozioökonomischen Kapital auch ein geringeres Freiheitsempfinden vorhanden ist. Ein Teil dieses Anstiegs lässt sich durch COVID-19 Maßnahmenkritiker erklären: ca. 5%

Freiheitsgefühl auf Tiefpunkt

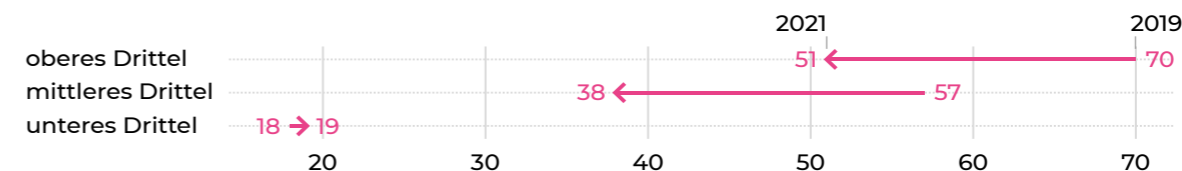
Frage: "Wie empfinden Sie Ihr gegenwärtiges Leben, fühlen Sie sich frei oder unfrei?"



Quelle: Freiheitsindex 2021. Sora/Neos Lab

Die ökonomische Mitte fühlt sich von der Politik in ihren Entscheidungen nicht berücksichtigt.

Anteil an Personen die folgender Aussage sehr/eher zustimmen: "Die Politik hat bei ihren Entscheidungen auch die Lebensumstände von Menschen wie mir berücksichtigt"



Vergleich der Ergebnisse von 2019 und 2021

Quelle: SORA - Demokratiemonitor

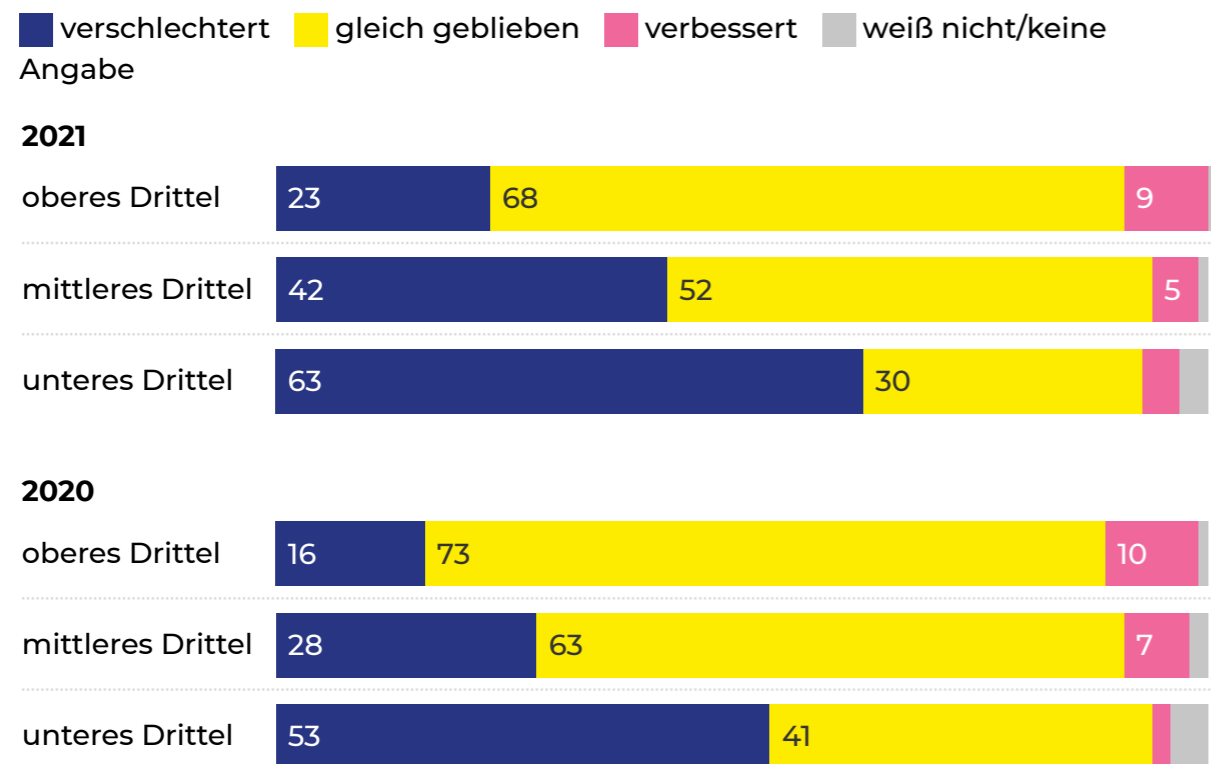
aller Befragten geben an, die COVID-19 Maßnahmen seien das dringendste Problem in Österreich. In dieser Gruppe fühlen sich 58% unfrei. Aber der Freiheitsindex und der Demokratiemonitor von SORA zeigen, dass Apathiegefühle weit verbreitet sind und in der Mitte angekommen sind.

Wie genau wird diese Mitte gemessen? SORA verwendet zur Zuordnung eine Cluster-Analyse, die auf dem Auskommen mit dem Einkommen sowie auf der Einschätzung der zukünftigen finanziellen Absicherung basiert. Dem obersten Drittel mit besonders hohen Ressourcen und einer guten künftigen Absicherung werden 37% der Befragten zugeordnet, dem mittleren Drittel 42% und dem untersten Drittel, also jener Gruppe mit den geringsten Ressourcen, 21% der Bevölkerung. Dass die Mitte der Gesellschaft von der Politik in Österreich enttäuscht ist, deckt sich mit anderen Ergebnissen, etwa von Krastev/Lenoard (2021), die zeigten dass Österreich europaweit auf dem vorletzten Platz im Freiheitsgefühl liegt. Den außergewöhnlich starken Rückgang des Regierungsvertrauens bzw. die teils scharfe Kritik an Regierungsmaßnahmen zeigen

auch die Ergebnisse des Austrian Corona Panel Project. COVID-19 ist allerdings nicht das einzige gesundheitspolitisch relevante Thema während der Pandemie. Die NEOS Lab Publikation "Psychische Gesundheit in Österreich – Eine Standortbestimmung in Pandemie-Zeiten" zeigte zudem, dass eine massive Verschlechterung der Psychischen Gesundheit weltweit feststellbar ist und Österreich vergleichsweise schlecht auf eine solche Herausforderung vorbereitet ist. Tatsächlich legt der Freiheitsindex nahe, dass sich das psychische Wohlbefinden in der Mitte stark verschlechtert hat.

Insbesondere in der Mittelschicht hat sich die psychische Gesundheit verschlechtert

Frage: "Hat sich im Zuge der Pandemie ... verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben?"



Quelle: Freiheitsindex 2021. Sora/Neos Lab



Einkommensverluste und Zukunftssorgen in der Mitte

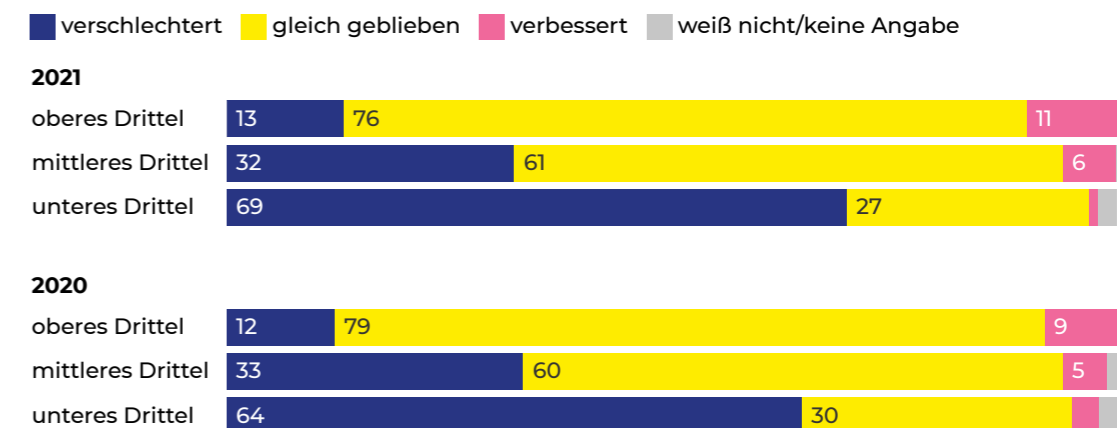
Neben den gesundheitlichen Folgen zeigen die Daten des Freiheitsindex und des Demokratieindex, dass in den letzten beiden Jahren insbesondere im mittleren und unteren ökonomischen Drittel Einkommenseinbußen zu verzeichnen sind.

Dass so viele Menschen "in der gesellschaftlichen Mitte" finanzielle Einbußen beklagen ist ein bemerkenswerter Befund, da die öffentliche Hand ja eine Vielzahl an Hilfspaketen beschlossen hat. Österreich hat – im internationalen Vergleich – überdurchschnittlich viele Hilfgelder ausgezahlt. Angesichts der Ergebnisse lässt die Treffsicherheit dieser Maßnahmen offenbar

zu wünschen übrig. Zudem zeigt sich mithilfe der Daten auch, dass wichtige Sektoren der österreichischen Volkswirtschaften (Gastronomie, Handel) von den vergleichsweise langen Lockdowns auch heftig betroffen war. Ein Blick auf die Einkommensverluste 2021 nach Berufsgruppen zeigt, dass insbesondere die Hilfen für Arbeiter_innen und Selbstständige nicht die Verluste kompensieren konnten.

Mittleres und unteres ökonomisches Drittel verzeichnen Einkommenseinbußen

Frage: "Hat sich im Zuge der Pandemie ... verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben?"

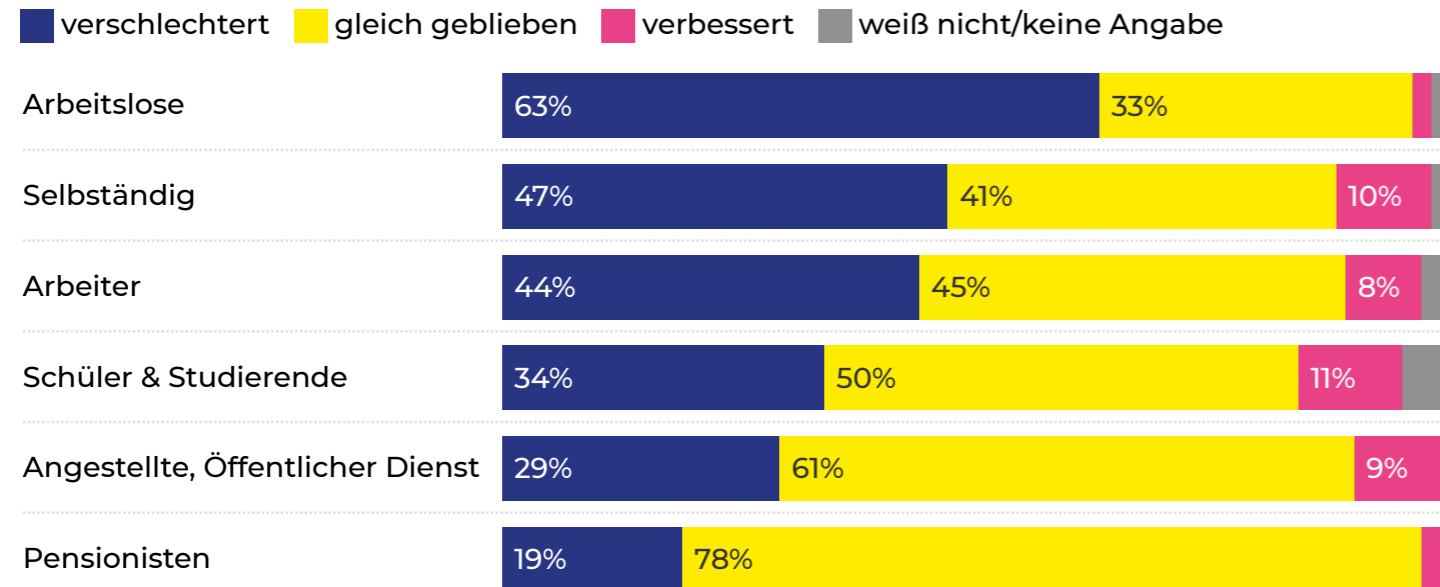


Quelle: Freiheitsindex 2021. Sora/Neos Lab



Stabile Finanzen bei Pensionisten, Einkommensverluste bei Arbeiter, Selbstständige

Frage: "Hat sich im Zuge der Pandemie ... verbessert, verschlechtert oder ist sie gleich geblieben?"

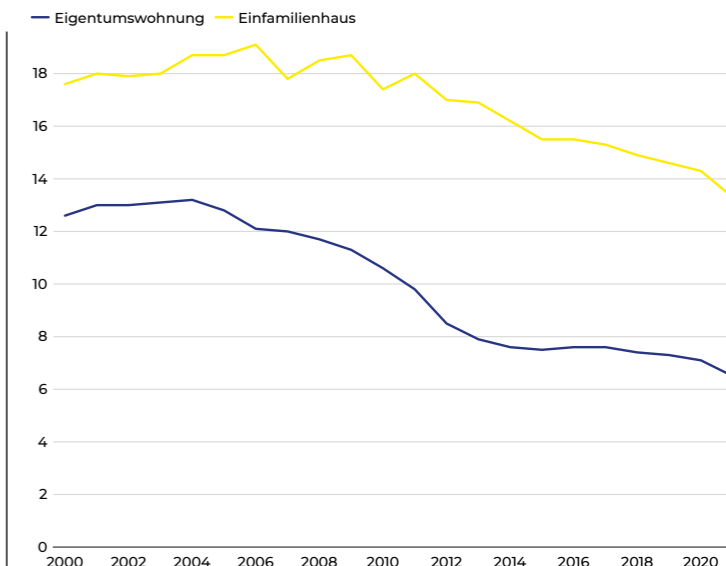


Quelle: Freiheitsindex 2021. Sora/Neos Lab



Der immer teurere Traum vom Eigenheim

Die durchschnittliche Quadratmeteranzahl, die es für ein österreichisches Jahresnettoeinkommen gibt

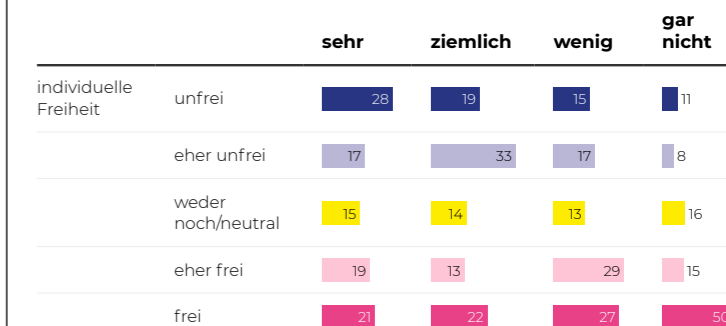


Quelle: Unicredit Research, Statistik Austria, OeNB.



Geringeres Freiheitsempfinden bei fehlender Kinderbetreuung

Individuelles Freiheitsempfinden* je nach empfundenen Einschränkungen durch fehlende Kinderbetreuung



Lesebeispiel: 28% aller Eltern, die fehlende Kinderbetreuung als sehr einschränkend empfinden fühlen sich unfrei. *Frage wurde nur an Personen mit Kindern im Haushalt gestellt

Quelle: Freiheitsindex 2021. Sora/Neos Lab



Doch nicht alle Probleme, die Österreich derzeit beschäftigen sind durch die Pandemie verursacht. Bereits vor Ausbruch der Pandemie war die Vermögensbildung aufgrund der eigenen Leistung für viele Menschen ein weit entfernter Traum. Aktuell sagen nun bereits 68 Prozent, dass „egal wie sehr man sich anstrengt, es kaum noch möglich ist, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben“ (). Das ist ein erschreckender Befund, da andere Analysen zeigen, dass der Wunsch, sich etwa Immobilieneigentum anzuschaffen, immer noch zu den eigenen finanziellen Zielen gehört. Allerdings sind die Eigentumspreise – sowohl für Wohnungen als auch für Häuser – deutlich stärker im Preis gestiegen als die Nettoeinkommen in den vergangenen Jahren. Das zeigt etwa eine Analyse der Bank Austria auf Basis der Daten der öffentlichen Statistik (siehe Grafik). Hat man 2010 noch rund 10 bzw. 17 Quadratmeter von einer Wohnung oder einem Haus mit einem durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen finanzieren können, so waren es 2021 nur noch 6,5 bzw. 13,3 Quadratmeter.

Die Infrastruktur in der Elementarpädagogik beispielsweise, war vor der Pandemie in vielen Landesteilen verbesserungswürdig. Die positiven Effekte von früher Kinderbetreuung bzw. von frühkindlicher Bildung sind in der Forschung weitgehend bekannt. Das Wirtschaftsforschungsinstitut Eco Austria zeigte in einer Analyse, dass eine Betreuungsquote von 2/3 der unter 3-Jährigen und längere Öffnungszeiten auch volkswirtschaftlich positive Effekte mit sich bringen würde. Fehlt diese Infrastruktur, so zeigen die Ergebnisse des Freiheitsindex, dass auch das individuelle Freiheitsempfinden leidet.

Die Sorge um die Mittelschicht vor der Pandemie



Bereits in den Jahren vor der Pandemie ist die Sorge um die Mittelschicht von vielen Organisationen und Autoren angesprochen worden. Damit waren nicht zuletzt auch technologische und finanzielle Veränderungen verbunden. So sind etwa die Preise für Wohnimmobilien, in vielen Ländern untrennbar mit dem Begriff der Mittelschicht verbunden, in den vergangenen Jahren teils deutlich stärker gestiegen als vergleichbare Mietpreise, aber vor allem auch als Einkommen. Wenn die „ökonomische Mitte“ also eng mit dem Thema Eigentum aus eigener Leistung verbunden ist, dann muss man wie die OECD konstatieren, dass „die Mitte unter Druck“ ist (OECD).

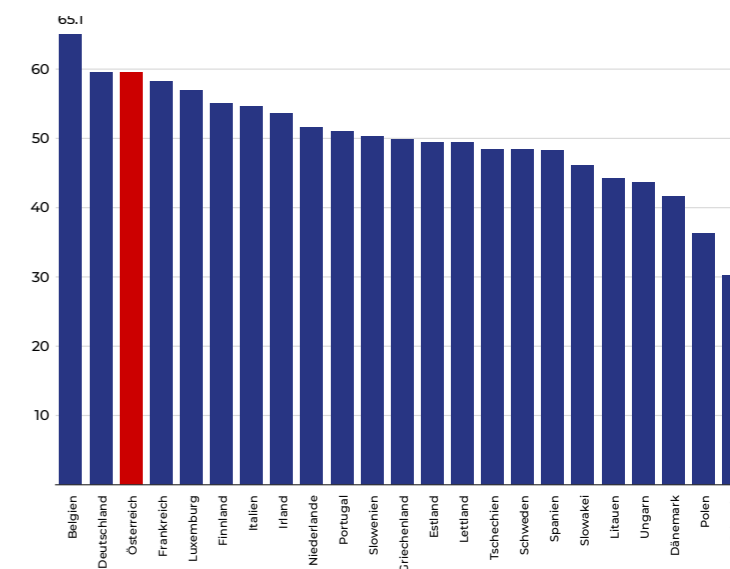
Darüber hinaus haben Studien und Berichte über die Zunahme der Einkommensungleichheit in den vergangenen Jahren zugenommen. Tatsächlich ist in einigen Industrieländern (insbesondere den USA) die Verteilung der Markteinkommen – vor dem Effekt von Steuern und Abgaben – ungleicher geworden. Der Einkommensanteil des obersten Fünftel oder Zehntels hat deutlich zugenommen (IWF, 2020). In Europa ist dieser Trend schwächer ausgeprägt. Ökonomen führen das auf mehrere Effekte zurück: Einerseits den größeren globalen Wettbewerb um Jobs der Mittelschicht, weil große Volkswirtschaften wie China oder Indien in den Welthandel integriert wurden. Andererseits aber vor allem die Auswirkung des technischen Fortschritts (Osborne, Frey).

Doch es ist klar, dass eine konsequente Strategie des lebenslangen Lernens die Mittelschicht stützen würde (Vgl. OECD 2021). In einer Volkswirtschaft, in der zwar Routinetätigkeiten sukzessive ausgelagert oder von Maschinen ersetzt werden können, aber zugleich Dienstleistungen, Wissensarbeit

und Facharbeit so gefragt sind wie noch nie, rechnen sich Bildungsinvestitionen in mehrfacher Hinsicht. Dazu braucht es aber eine Reihe von Maßnahmen, wie eine Reform der Bildungskarenz, um tatsächlich das lebenslange Lernen zu unterstützen, und eine Modernisierung der Curricula. Internationale Organisationen wie die OECD zeigen aber auch wiederholt auf, dass die Industrieländer einen großen Hebel haben, um ihre Mittelschichten zu stützen: Steuerpolitik. Eine Entlastung des Faktors Arbeit und des Vermögenserwerbs, dafür eine Belastung von Verbrauch und passivem Vermögensbesitz werden als Möglichkeiten gesehen, um sozialen Aufstieg zu unterstützen. Und bei der Entlastung des Arbeitseinkommens hat Österreich noch einen weiten Weg zu gehen. Die Mittelschicht sieht sich mit Spitzensteuersätzen konfrontiert. Für den durchschnittlichen Verdiener (Median) fällt für jeden Euro Brutto-Einkommenserhöhung eine Steuerbelastung von fast 60 Prozent an. Das ist so viel wie sonst in nur zwei Industrieländern.

Wie hoch wird 1 Euro Bruttolohn-Erhöhung für einen Durchschnittsverdiener besteuert?

In Prozent als Abgabenanteil für einen Durchschnittsverdiener ohne Kinder, 2020.



Quelle: OECD Taxing Wages 2021.

Handlungsempfehlungen

Raus aus dem Krisenmodus. Die Pandemie hat deutlich gezeigt, was schon vorher in Österreich nicht funktionierte. Ebenso haben die massiven Freiheitseinschränkungen und das schwache Pandemiemanagement zu einem Rückgang im Institutionenvertrauen geführt. Daher muss die Politik raus aus dem Krisenmodus und mit einem Neustart Perspektiven für die Menschen in Österreich schaffen. Eine breit angelegte, selbstkritische und partizipativ gestaltete Analyse des Pandemiemanagements und – in einem nächsten Schritt – Reformen für klarere, digitale und effiziente Abläufe zwischen Politik und Verwaltung können das verloren gegangene Vertrauen wieder stärken.

Vermögensaufbau erleichtern. Die Ergebnisse des Freiheitsindex zeigen, dass die Hürden für den Aufbau von Eigentum als so hoch wie nie eingeschätzt werden. 68% stimmen der Aussage (sehr) zu, dass "Egal wie sehr man sich anstrengt, es kaum noch möglich ist, mit eigener Leistung Eigentum zu erwerben". Ebenso werde es kleinen Unternehmen und Selbständigen durch eine hohe Regeldichte das Leben schwer gemacht. Entbürokratisierung und eine Steuerreform, die den Vermögensaufbau unterstützt, sind daher das Gebot der Stunde. Dass die Steuer- und Abgabenquote just in der Pandemie auf den höchsten Stand seit 20 Jahren gestiegen ist (LINK), zeigt, dass die Wirtschaftspolitik aktuell in die falsche Richtung geht.

Elementarpädagogik aufwerten. Kinderbetreuung schafft Freiräume. Der Freiheitsindex zeigt, dass das individuelle Freiheitsempfinden mit der empfundenen Einschränkung durch fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten korreliert. Ebenso ist evident, dass eine Verbesserung der Elementarpädagogik neben individuellen Freiheiten auch eine bessere Vereinbarkeit

von Familie und Beruf mit sich bringen würde. Und für die kommenden Generationen zeigt sich, dass hochqualitative Elementarpädagogik mit Aufstiegschancen verbunden ist. In der Pandemie haben Kindergärten und Schulen zu oft nur Aufmerksamkeit bekommen, wenn es um Tests, Quarantänen oder Schließungen ging. Eine Investitionsoffensive im Bereich der Kinderbetreuung auf das Niveau Dänemarks (LINK BLOGbeitrag) wäre ein wichtiges Ziel, um Frei- und Entwicklungsräume zu schaffen.

Psychische Gesundheitsversorgung stärken. Die massive Verschlechterung der psychischen Gesundheit legt die strukturellen Lücken in der psychischen Gesundheitsversorgung offen. Daher müssen die telemedizinischen Angebote verbessert, die Gesundheitsinfrastruktur ausgebaut und Unterstützungsangebote in der Sozial-, Arbeits- und Jugendpolitik verankert werden. Auf Bundesebene ist eine Kassenregelung für Psychotherapie auf Krankenschein oberste Priorität.

Freiheitsempfinden durch Politik der sauberen Hände stärken. Durch ein Informationsfreiheitsgesetz und Antikorruptionspaket kann das Vertrauen in Österreichs Politik gestärkt werden, was nach zwei Jahren Pandemie und innenpolitischen Turbulenzen notwendiger denn je ist. Mehr Transparenz und Offenheit sind dringend notwendig, um die gewachsene, wahrgenommene Distanz zwischen der Regierungspolitik und der Menschen zu überwinden. Die mehr als 70 Vorschläge des Antikorruptionsbegehrens liefern wichtige Anhaltspunkte für Reformen.

Literaturverzeichnis

Austrian Corona Panel Project (2022). Kurzarbeit oder Home Office? Wer in der Pandemie wie arbeitet. Link: <https://viecer.univie.ac.at/en/projects-and-cooperations/austrian-corona-panel-project/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog-145-kurzarbeit-oder-home-office-wer-in-der-pandemie-wie-arbeitete/>

Eco Austria (2022): Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Was kostet das? Link: <https://ecoaustria.ac.at/vereinbarkeit-beruf-und-familie/>

Feierabend, Dieter (2020): Psychische Gesundheit in Österreich – Eine Standortbestimmung in Pandemie-Zeiten. Link: <https://lab.neos.eu/research/publikationen/Mental-Health>

Krastev/Lenoard (2021): Europe's invisible divides: How covid-19 is polarising European politics. <https://ecfr.eu/publication/europes-invisible-divides-how-covid-19-is-polarising-european-politics/>

Our World in Data (2022): COVID-19 Stringency Index. <https://ourworldindata.org/grapher/covid-stringency-index>

Oxford University (2022): COVID-19 Government Response Tracker <https://www.bsg.ox.ac.uk/research/research-projects/covid-19-government-response-tracker>

Santé publique France-CoviPrev, <https://www.santepubliquefrance.fr/etudes-et-enquetes/coviprev-une-enquete-pour-suivre-l-evolution-des-comportements-et-de-la-sante-mentale-pendant-l-epidemie-de-covid-19>

Sora Institut (2021): Österreichischer Demokratie Monitor. Link: <https://www.demokratiemonitor.at/>

Sustala (2021): Warum Österreich so schlecht durch die Pandemie kommt. Link: <https://lab.neos.eu/research/publikationen/Warum-Oesterreich-so-schlecht-durch-die-Pandemie-kommt>

Impressum:

NEOS Lab

Das offene Labor für neue Politik

Neubaugasse 64–66

1070 Wien

Österreich

neosLAB